

PRESS START! LASS UNS ZUSAMMEN LOSLEGEN!

Gemeinsam mit der DGB-Jugend haben wir eine Kampagne zur Bundestagswahl gestartet. Unter dem Motto „PRESS START“ bündeln wir unsere Forderungen. Zusammen sind wir mehr als eine halbe Million gewerkschaftlich organisierte Schüler_innen, Auszubildende, Studierende und junge Beschäftigte – aus allen Branchen und Regionen dieses Landes. Das ist eine ganze Menge Power. Und wenn wir die nutzen, wird aus unseren Forderungen Wirklichkeit. Stell es dir mal ganz genau vor: Wie viel einfacher wäre dein Studium mit einem fairen BAföG? Und wie viel entspannter damit vielleicht auch dein Leben? Du siehst – es lohnt sich! Deshalb: Mach mit! Unterstütze unsere Kampagne!



Deine IG Metall vor Ort



PRESS START

www.igmetall-jugend.de
www.organice.net
www.facebook.com/igmetalljugend
www.instagram.com/igmetalljugend

Impressum IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, Vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, Kontakt: vorstand@igmetall.de; V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Stefanie Holtz, Bundesjugendssekretärin, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, Kontakt: stefanie.holtz@igmetall.de; Fotos: Andreas Berheide/photocase.de, go2/photocase.de, Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Produktnummer 48909-94504, © April 2021

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

KAPUTTGESPART

Heute, 50 Jahre später, ist der Lack ab. Der Anteil an BAföG-Empfänger_innen unter den aktuell 2,9 Millionen Studierenden beträgt ganze 11 Prozent – ein historischer Tiefstand. Zum Vergleich: 2003 waren es noch 25 Prozent. Dazu kommt, dass viele Studierende durch die Corona-Pandemie mit teilweise existenziellen finanziellen Sorgen zu kämpfen haben. Unzählige Nebenjobs gingen verloren, während zwei Drittel der Studierenden zur Absicherung ihres Lebensunterhaltes darauf angewiesen sind. Und viele waren schon vor dem Virus in finanziellen Nöten: Steigende Preise, vielerorts explodierende Mietkosten, unrealistische Regelstudienzeiten – all das machte und macht das Studieren vor allem für diejenigen schwer, die kein vermögendes Elternhaus im Rücken haben.

SCHNELLE
NOTFALL-HILFEN!
JETZT!



BAFÖG BESSER MACHEN!

PRESS START FÜR MEHR

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

GESCHICHTE GESCHRIEBEN

Eigentlich ist 50 ja kein Alter. Nur das BAföG ist mit 50 bereits ziemlich in die Jahre gekommen. Es braucht dringend eine Auffrischung und zwar schnell. Konkret bedeutet das: Wir wollen, dass das BAföG novelliert wird. Und zwar noch vor den diesjährigen Bundestagswahlen am 26. September. Weil die besten Regeln Regelungen veraltet, unrealistisch und ungerecht sind.

Am 1. September 1971 trat das Berufsausbildungsförderungsgesetz – kurz BAföG – in Kraft. Damals noch als Vollzuschuss gewährt, garantierte es den Empfangenden einen Rechtsanspruch auf Förderung. Damit war das BAföG ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Vor allem für junge Menschen aus nicht-akademischen Elternhäusern eröffnete sich so die Chance auf ein Studium oder den Besuch einer weiterführenden Schule.

TRENDWENDE JETZT!

Theoretisch ist das BAföG das zentrale Instrument, um weiterführende Bildung für alle zu ermöglichen – unabhängig vom familiären Geldbeutel. Es erhöht die Chancengleichheit und ermöglicht eine selbstbestimmtere Zukunft. Praktisch wird das BAföG in seiner jetzigen Form diesem Anspruch in keiner Weise gerecht. Um hier eine echte Trendwende zu schaffen, sind mehr als kosmetische Korrekturen notwendig. Es braucht radikale Veränderungen:

FÜR MEHR ANSPRUCHSBERECHTIGTE!

Die Anzahl derjenigen, die überhaupt Anspruch auf BAföG haben, hängt von der Höhe der Einkommensfreibeträge der Eltern ab. Aktuell sind diese zu niedrig angesetzt. Sie müssen deutlich angehoben werden, um den Kreis der Anspruchsberechtigten spürbar zu vergrößern. Darüber hinaus muss der BAföG-Anspruch herkunftsunabhängig gestaltet werden. International zu studieren ist längst Normalität. Und auch Menschen mit Fluchterfahrung müssen die Chance auf Förderung haben – unabhängig vom Stand ihres Asylverfahrens.

FÜR MEHR GELD!

Der BAföG-Höchstsatz muss dem realen Leben angepasst werden. Es klafft eine deutliche Lücke zwischen Bedarf und BAföG-Regelsatz. Deshalb fordern wir die pauschale Anhebung des Regelbedarfes um 150 Euro. Zudem sollte sich die Mietkostenpauschale zukünftig an der der Wohngeld-Tabellenregelung orientieren. So kann den starken regionalen Schwankungen der Mietpreise Rechnung getragen werden. Ein Beispiel: Die aktuelle Mietkostenpauschale beträgt 325 Euro monatlich. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in München liegt bei 19 bis 23 Euro, in Berlin bei 13 bis 17 Euro.

Und – alle Bedarfssätze, Freibeträge und Pauschalen müssen regelmäßig und verbindlich angepasst werden.

FÜR MEHR ZEIT!

Nur ein Drittel der Studierenden schließt das Studium in der Regelstudienzeit ab – 79 Prozent schaffen es jedoch in zwei Semestern mehr. Deshalb gilt auch hier: Das Gesetz der Realität anpassen! Die Förderungshöchstdauer um zwei Semester verlängern! Eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer muss zudem grundsätzlich bei der Pflege von Angehörigen mit anerkanntem Pflegegrad gewährt werden. Und auch demokratisches Engagement – zum Beispiel in gewerkschaftlichen Gremien – sollte künftig als Verlängerungsgrund anerkannt werden. Zudem gehören Altersgrenzen als Zugangsvoraussetzung abgeschafft – sie stehen der Idee eines lebensbegleitenden Lernens entgegen.

FÜR MEHR SICHERHEIT!

Manchmal war etwas früher tatsächlich besser: Und dann ist es auch richtig, es in den Ursprungszustand zurückzusetzen: Das BAföG zum Beispiel war mal ein Vollzuschuss und musste nicht zurückgezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder als Förderung ohne Rückzahlungspflicht gewährt wird. Nur so hilft es tatsächlich all jenen, die es brauchen. Denn momentan stellen viele theoretisch BAföG-Berechtigte erst gar keinen Antrag, weil sie befürchten, es später nicht zurückzahlen zu können. Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie mehr als deutlich gemacht: Das BAföG braucht unbürokratische Notfallmechanismen, um im Ernstfall schnell und angemessen unterstützen zu können.

FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

Wir machen uns für die Wiedereinführung des Schüler_innen-BAföG stark. Eine diesbezügliche Gesetzesänderung in den 1980er-Jahren reduzierte die Anzahl an Schüler_innen-BAföG-Bezieher_innen um 85 Prozent. Das ist krass und hat drastische Auswirkungen: Fast 80 Prozent der Kinder, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, gehen später zur Uni. Von Kindern, deren Eltern kein Abitur haben, sind es dagegen nur 24 Prozent. Eine der Ursachen ist die Schwierigkeit für Schüler_innen, finanzielle Unterstützung zu bekommen. Gerade für die Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung ist daher eine realistische Förderungsmöglichkeit unerlässlich.

